



► Nr. VO/2023/11798-01  
öffentlich

Lübeck, 15.03.2023

## Vorlage -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:  
2.500 - Soziale Sicherung

Bearbeitung: Gitte Timmermann (E-Mail: gitte.timmermann@luebeck.de Telefon: 122-4464)

## Empfehlung des Ausschusses für Soziales zum Überweisungsauftrag der Fraktion DIE LINKE: Hilfsfonds für nicht selbstverschuldeten Energieschulden

### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
30.03.2023	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

### **Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft hat den nachstehenden Antrag mehrheitlich an den Ausschuss für Soziales überwiesen und anschließend eine erneute Beratung in der Bürgerschaft beschlossen.

*1. Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Hilfsfonds für Menschen in Lübeck einzurichten, der bei nicht selbstverschuldeten Energieschulden greift.*

*Leistungsberechtigt sollen Menschen sein, die*

- keinen Anspruch auf soziale Leistungen haben/nicht leistungsberechtigt sind*
- die von Energiesperren bedroht sind*
- denen auf Grund von Energieschulden eine Privatinsolvenz droht*
- durch die Energieschulden von Wohnungsverlust bedroht sind*
- die gezwungen wären ihre Altersvorsorge aufzukündigen*

*2. Der Hilfsfonds soll 200.000 Euro betragen.*

*3. Der Hilfsfonds soll von den Beratungsstellen der sozialen Sicherung für besondere Lebenslagen verwaltet werden.*

*4. Sollte es eine Hilfsleistung von Land und Bund geben, die diesem Hilfsfonds entspricht, greift diese zu erst.*

*5. Die Leistung ist nicht rückzahlungspflichtig.*

Der Ausschuss für Soziales hat in der Sitzung am 07.03.2023 den Antrag abgelehnt und empfiehlt der Bürgerschaft diesen Antrag abzulehnen.

### Ergebnis:

2 Ja- Stimmen  
10 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

**Begründung:**

**Anlagen:**

Senatorin Pia Steinrücke